

Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis M. 3.90 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich;
durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.80,
im sonst. inländischen Verkehr M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellg.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren
Raum 25 Pfg., außerdem 25 Pfg. Kellamezellen
50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 108, Bernspracher Str. 88.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftl.: T. H. Graf, beide in Wildbad.

Nr. 285

Montag, 15. Dezember 1919

Jahrgang 53

An die Bezieher der württembergischen Zeitungen!

Die Papiernot ist nun tatsächlich zur Katastrophe ange-
wachsen. Durch das Fehlen der Kohlen wurde von den 60
deutschen Zeltun-Druckereien hunderttausende Fabriken mehr als
die Hälfte stillgelegt. Bei anderen konnte
der Betrieb nur mit größter Not, teilweise durch Verwendung
des zur Papierherstellung bestimmten Holzes als Feuerungsmittel,
aufrecht erhalten werden. Dazu sind in den letzten zwei Mo-
naten Preissteigerungen des Holzes, bekanntlich des hauptsäch-
lichsten Rohmaterials der Papierfabrikation, eingetreten, die je-
der Beschreiber spottend, von gleichen und anderen Bedräng-
nissen sind die Zellulose- und Holzstoff-Fabriken betroffen, ohne
deren Erzeugnisse kein Papier gemacht werden kann.

Die Zeitungen befinden sich infolge dieser Zustände in einer
geradezu verzweifelt Lage. Im Abstand von wenigen Wo-
chen treten neben allen übrigen drückenden Mehrbelastungen im-
mer wieder neue Steigerungen der Papierpreise ein, und zwar
so bedeutend, daß ein einziger Aufschlag für eine Zeitung meh-
r ausmacht, als früher der gesamte Papierverbrauch für die
Dauer eines ganzen Jahres. Solche Preissteigerungen hatten
die Zeitungen mehrmals in diesem Jahr, zuletzt ab 1. Oktober,
zu befreiten. Und nun steht wiederum eine Erhöhung der Pa-
pierpreise bevor, die alle bisherigen weit in den Schatten zu
stellen droht.

Die Zeitungen, die sich bis zum äußersten gegen diese enor-
men Anforderungen zur Wehr gesetzt haben, sind gegen die be-
stehenden Verhältnisse machtlos. Sie haben bisher unter gro-
ßen eigenen Opfern alles getan, um ihre Leser soweit als
möglich von weiteren Erhöhungen der Bezugsgebühren zu ver-
schonen. Es gibt aber für die Zeitungen keinen anderen Weg
zur Herbeiführung eines Auswegs als Verbesserungen der Be-
zugs- oder der Anzeigenpreise. Die letzteren wurden dazu vor
den württembergischen Zeitungen am 1. Oktober herangezogen.
Für die mittlere oder kleinere Presse, die nur einen schwachen
Anzeigendruck aufweisen kann, bieten jedoch erhöhte Anzeigen-
preise einen allzu geringfügigen Ersatz gegenüber den gewaltigen
Mehrbelastungen. Die Blätter sind deshalb fast allein auf
eine Erleichterung durch gesteigerte Bezugspreise angewiesen: Sie
müßten in erster Linie zum Erlöszen kommen, wenn sie nicht
diese Gebühren erheblich herabsetzen würden.

Alle Zeitungen behandeln aufs tiefste, nach den langen, beson-
ders für die Presse überaus schweren Kriegsjahren mit den
ganz unüberwindlichen wirtschaftlichen fortwährenden Beanspruchungen
jeglicher Art ausgelegt zu sein. Sie stehen unter unerträglichen
Zwang und müssen sich selbst helfen, so gut es eben geht
und wie es dem einzelnen Blatt angemessen erscheint. Alle
Zeitungsleser aber, denen wir durch diese Darlegungen voll-
ständige Klarheit über die Lage geben, bitten wir, sich den vorkom-
menden Preisveränderungen einverständnisvoll gegenüberzustellen und bei
von ihnen gewünschten Zeitungen in dieser schwersten Zeit nach
wie vor ihre dankenswerte Treue zu bewahren.

Verein Württembergischer Zeitungsverleger

Der Vorstand: Dr. Wolf-Oberndorf, Esser-Stuttgart, Ab-
leiter-Untertürkheim, Dr. Eisen-Stuttgart, Hugler-
Neulagen, Kaupert-Freudstadt, Kirchner-Edlingen,
Dr. Sedlmayr-Ulm, Ulmer-Ludwigsburg, Vogt-
Überach, Wulle-Heilbronn.

Sonntagsgedanken.

Kindliche Freude.

Durch Winternacht und dunkle Tage
erglänzt ein wunderbarer Schein;
in Kinderaugen sank sein Leuchten
daß wir nun Kinder möchten sein!

Wochenrundschau.

Mit zwei neuen Notizen hat uns Herr Clemenceau
beglückt. Ganz glatt sind die Verhandlungen im Obersten
Rat über die Antwort, die Deutschland gegeben werden
sollte, gewiß nicht verlaufen, was schon daraus hervor-
geht, daß die Übergabe der Noten an den deutschen
Vertreter in Paris wiederholt verschoben wurde, es sind
also wohl mehrmals Änderungen vorgenommen worden.
Clemenceau (und Koch) waren natürlich für ein Ulti-
matum und die Anwendung der „militärischen Maß-
nahmen“. Das Ultimatum war schon einstimmig be-
schlossen, da kam ein entgegengegesetzter Befehl des Staats-
sekretärs Lanjing. Dieser leitet jetzt nach der Erkran-
kung Wilsons — Wilson soll unheilbar erkrankt sein

— die Regierung der Vereinigten Staaten, und es ist be-
kannt, daß er von dem Vertrag von Versailles nichts
wissen will. Lanjing gab weiter den Befehl, daß die
drei amerikanischen Mitglieder der Friedenskonferenz un-
verzüglich nach Hause abreisen sollen, ob die Geschäfte
der Konferenz erledigt seien oder nicht. Die Abreise
erfolgte denn auch bereits am Abend des 9. Dezember.
Die Durchkreuzung ihrer Absicht hat die Franzosen ge-
waltig verärgert, denn ohne Amerika hat die Friedens-
konferenz wenig Bedeutung mehr und auf Italien und
Japan ist kein Verlaß mehr. Diese haben die unauf-
hörlichen Querereien mit Deutschland herzlich satt und
wären heilsfroh, wenn sie mit dem feigen Nachwehler
der Franzosen und der englischen Luftangerei nichts
mehr zu tun hätten. Die heuchlerische Folterarbeit
wird nachgerade auch den Amerikanern zu bunt.
Sie wollen sie unter keinen Umständen mehr mitmachen,
nachdem Wilson unzurechnungsfähig geworden ist. Das
scheint Lanjing den Affizierten in sehr deutlichen Worten
zu verstehen gegeben zu haben, denn auf einmal war auch
England gegen das Ultimatum und die englischen Ver-
treter sollen sogar in den statt des Ultimatus abgeforderten
Noten einige Widerungen bei Clemenceau durchgesetzt
haben. Bedeutend können sie nicht gewesen sein, wie aus
dem Wortlaut der Noten hervorgeht, die am Montag
endlich übergeben wurden. Wenn man von einem Ent-
gegenkommen reden kann, so wäre es allenfalls darin
zu finden, daß die deutschen Kriegsgefangenen nach In-
krafttreten des Friedensvertrags, will sagen nach Annahme
des Zusatzprotokolls freigelassen werden sollen, — wenn
sich nicht sonst ein Dämon ergibt. Im übrigen hält
der Oberste Rat in barschen, herrischen Worten seine
Forderungen und Anschuldigungen durchaus aufrecht und
verlangt die „unverzügliche Unterzeichnung“ des Proto-
kolls, Auslieferung der „Schuldigen“ usw. Was den
speziell englischen Teil der Antwort, die Behand-
lung der Angelegenheit der versenkten Schiffe von Scapa
Flow betrifft, so ist er — echt englisch. Die deutsche
Regierung ist verantwortlich, denn sie hat dem Admi-
ral v. Meuter den Befehl zur Versenkung gegeben.
Daher muß Deutschland „Schadenersatz“ leisten. Aber
auch der Admiral ist verantwortlich, darum muß er be-
straft werden. Die vertragswidrige Internierung der deut-
schen Flotte in England steht in einem neutralen Hafen
entspricht nach der Note in jeder Hinsicht dem „Geist“ des
Waffenstillstandsvertrags. Ganz gewiß. Wenn die Ver-
bündeten in Waffenstillstandsvertrag von einem neutra-
len Hafen sprachen, so meinten sie einen eng-
lischen. Solcher Begriffsverwandlungen gibt es ja noch
viele in den mündlichen und schriftlichen Abmachungen
mit der Entente. Aber Großmut zeichnete von jeher
England aus. So will es auch mit den 400 000 Tonnen
Docks, Baggergeräten usw. mit sich reden lassen, aber
erst, nachdem sie bis zum letzten Rest aus-
geliefert sind. Der Plan ist verteuert schlau. An
derartigen Hafeneinrichtungen besitzt Deutschland rund
520 000 Tonnen. Der Verlust von 400 000 Tonnen ist
an sich vernichtend für die deutsche Schifffahrt. Aber
es steht noch etwas besonders dahinter. Die deutschen
Häfen können für große Seeschiffe nur mittels der
großen Bagger freigehalten werden; jetzt die Bag-
gerung eine kurze Zeit aus, so verlanden unsere Häfen
rasch und können von großen Schiffen nicht mehr ange-
laufen werden. Dann werden die deutschen Häfen für
den Weltverkehr nicht mehr in Betracht kommen. Das
ist es, worauf England abzielt. Gerade so können wir
keine großen Schiffe mehr bauen, wenn uns die großen
Docks genommen werden. England wird sich also schon
diejenigen Bagger, Docks, Krane usw. ausfinden, durch
deren Wegnahme es seinen Zweck erreicht und uns dann
in „verschämtem“ Geist das zurückgeben, was uns nicht
mehr viel nützt. England will die großen deutschen Häfen
verstopfen und sie nur für den Kleinstverkehr tauglich
machen, dafür gedenkt es für sich selbst in Antwer-
pen einen Monopolhafen für den deutschen Ueber-
seehandel zu schaffen und von Antwerpen einen Kanal
zum deutschen Rhein bis Ruhrort zu bauen. Nach dem
Friedensvertrag steht Belgien das Recht zu, den Ka-
nal zu bauen; aber eine englische Gesellschaft will ihm
dieses und wohl noch manches andere Recht — die Zeit
wirds lehren — durch eine — „vorteilhafte“ Anleihe von
1 1/2 Milliarden abkaufen.

So sieht nun die Großmut Englands aus, die
einfach auf die Vernichtung von Hamburg

und Bremen hinausläuft. Es ist aber eine andere Fra-
ge, wie Amerika sich dazu stellt, denn die amerikani-
schen Interessen laufen den englischen straks zuwider. A-
merika wird sich nicht an den unter englischer Aufsicht ste-
henden Dänen Antwerpen hängen lassen und den Eng-
ländern die Kanalgebühren zahlen wollen. Es will seine
Schiffe, auch die großen direkt in die deutschen Häfen
senden. Wir wollen sehen, wie Lanjing diesen englischen
Schlachzug beantwortet.

Bleibt noch der bekannte Schlusssatz des Zusatzpro-
tokolls, der den Verbündeten das zeitlich unbegrenzte
Recht gibt, mit allen ihnen geeignet scheinenden Mit-
teln (Angriff, Besetzung, Blockade) ohne weiteres gegen
Deutschland vorzugehen, sobald sie der Ansicht sind, daß
von Deutschland irgendeine Bedingung nicht oder nicht
genügend erfüllt sei. Diesen Paragraphen hatte die deut-
sche Regierung zu unterzeichnen sich geweigert. Wie ver-
halten sich nun die beiden Verbündeten dazu? Viel-
deutsche Blätter hatten behauptet, der Schlusssatz
werde durch die Note aufgehoben. Fällt ihm gar nicht
ein. Die Note spricht gar nicht von ihm, sondern erklärt,
daß nach Inkraftsetzung des Friedens-
vertrags durch die Protokollunterzeichnung die allge-
meinen Bestimmungen des Friedensvertrags und des WW
terrechtlich — wer weiß, was damit wieder „gemeint“ ist
— für die Durchführung der Bedingungen in Kraft
treten. Die Sachlage ist also genau die gleiche geblie-
ben, nur sind, um die Amerikaner zufrieden zu stellen,
ein paar nichtsagende Nebenarten verschwendet worden.

Wenn nun aber auch die beiden Alliierten ihren Willen
durchgesetzt haben, auch ohne Ultimatum, so hat
es durch das Einschreiten Lanjings doch einen Riß ge-
geben. Zu einer wichtigen Besprechung ist deshalb Herr
Clemenceau nach London gereist und hat eines
Minister, seinen Geheimsekretär und den Staatssekre-
tär des Innern für politische Angelegenheiten mit-
genommen. Den Minister für den Wiederaufbau der
Industrie, Louchet, hat Clemenceau noch nachträglich
telegraphisch nach London berufen. Das deutet ja
ungefähr an, auf welchem Gebiet sich die Besprechungen be-
wegen werden. Auch Lloyd George mißt der Zusammen-
kunft, an der noch mehrere englische Minister teilnehmen,
außerordentliche Bedeutung bei. Darum hat er sich über die
Zeit der Anwesenheit Clemenceaus in London im Unter-
haus entschuldigen lassen.

Die neugewählte französische Kammer ist am
Montag eröffnet worden. Es ging hoch her. Die Ab-
geordneten von Elsaß-Lothringen wurden im
Triumph in den Saal geleitet und der Jubel wollte
kein Ende nehmen, als der Elsaß-Francois namens der
„Befreiten“ eine Erklärung verlas, daß die Elsaß-Lothrin-
ger es als „tiefste Befriedigung“ empfinden, zur fran-
zösischen Familie zurückzukehren. Herr Clemenceau be-
grüßte die „Brüder von Elsaß-Lothringen“ namens der
Regierung. Er sprach aber merkwürdig kühl und nüch-
tern und meinte, Frankreich dürfe nicht bloß zuschauen,
sondern es müsse an dem Wiederaufbau arbeiten. Er
süchtere wohl, daß die gegenseitige Begeisterung mit der
Zeit sich wieder abkühlen könnte und damit mag er wohl
nicht so ganz unrecht haben. Bis zum Jahre 1870 hat die
„Mutter Frankreich“ die „Bades“ ziemlich geringschätzig
betrachtet, obgleich Elsaß-Lothringen der „Mutter“ die
besten Soldaten, Ingenieure, Beamten und Staatsmän-
ner gestellt hat. Die Elsaß-Lothringer aber werden wie-
der an die Reichstöpfe des früheren Deutschen Reichs
zurückdenken, die ihnen in dem halben Jahrhundert deut-
scher Zugehörigkeit so oft nicht gut genug sein wollten.
Den wirtschaftlichen Aufschwung verdankt Elsaß-Lothrin-
gen ja in erster Linie der deutschen Verwaltung und der
deutschen Wirtschaftspolitik. Auch die soziale Gesetz-
gebung findet jetzt Anerkennung, so sehr sie oft bekämpft
wurde. Der französische Oberkommissar konnte nicht um-
hin, die Beibehaltung der sozialen Gesetze für Elsaß-
Lothringen bei der Pariser Regierung dringend zu em-
pfehlen. Ob die elsass-lothringische Frage nun endgültig
erledigt ist, steht in einem Buch, das noch mit sieben
Siegeln verschlossen ist.

Unter Zwang.

Fast alle Waren, soweit sie nicht der Zwangswirtschaft
unterliegen, haben, in den letzten zwei Jahren namentlich
eine nie geahnte Preissteigerung erfahren. Das Zehn-
- und Zwanzigfache der Preise vor dem Krieg ist
eine ganz gewöhnliche Erscheinung und das Publikum

hat sich damit auch abgefunden. Man darf nur daran erinnern, was z. B. für das Schindengeld von Tabakwaren bezahlt wird. Eine Zigarre, für die heute ein Preis von 80 Pfennig verlangt wird, hätte man früher nicht für 6 Pfennig gekauft. Selbst bei den rationierten Waren, bei Eier, Milch, Zucker, Erdöl usw., ist der Preis ganz gewaltig gestiegen. Aber, wie gesagt, man nimmt diese Preise hin als etwas Unabänderliches und fügt sich feijend darein. Nur wenn die Zeitungen ihre Bezugs- und Anzeigengebühren erhöhen, wird es noch mannsfady als unbillig empfunden. Als ob die Zeitungen nicht auch von der allgemeinen Teuerung, den Vohnerhöhungen usw. berührt würden! Um nur eines anzuführen: Das Druckpapier kostete 1914 10.50 Mark der Zentner, jetzt 70 Mark und wird bald noch viel teurer sein. Das Raummeter Papierholz wurde 1914 mit 12 bis 15 Mark bezahlt, jetzt werden 100 bis 150 Mark geboten. Die Zeitungen konnten ihre Gebühren nicht entsprechend der fortschreitenden allgemeinen Teuerung erhöhen, sie haben lange die steigenden Unkosten selbst übernommen. Das ersieht man daraus, daß die heutigen Gebühren in den meisten Fällen noch nicht das Doppelte der Friedenszeit ausmachen, während die Unkosten durchschnittlich um das Fünf- und Sechsfache gestiegen sind. Außerdem ist die Zeitung vielleicht das einzige gewerbliche Erzeugnis, bei dem man nicht von „Kriegs-“ und „Glendsware“ reden kann. Dem Gehalt nach haben die Zeitungen in der harten Schule der letzten fünf Jahre mindestens nicht abgenommen. Die Zeitungen stehen also unter Zwang, wenn sie daran gehen, auf den nächsten Vierteljahrswechsel ihre Gebühren zu erhöhen. Das möchten alle Leser wohl bedenken.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 11. Dez.

Dem Hause lag heute der Gesetzentwurf vor, der das Privileg der Reichsbank auf weitere 10 Jahre verlängert, den Gewinnanteil des Reichs neu regelt und einige Änderungen im deutschen Bankgesetz vorsieht, die nach der neuen Zeitslage erforderlich erscheinen. Der Entwurf wurde einem Ausschuss überwiesen. Ohne erhebliche Aussprache wurde dann der Rest des Gesetzes über das Reichsnotopfer mit den Stimmen der Mehrheitsparteien und der Unabhängigen nach den Beschlüssen des Ausschusses mit geringen Abänderungen angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, das land- und forstwirtschaftliche Grundvermögen nach dem Verkaufswert zum Notopfer heranzuziehen, wurde abgelehnt. Es wurde ausgeführt, daß heute von Kriegs- und Revolutionsgewinnen geradezu wahnwitzige Preise für Grundbesitz bezahlt und so die Grundstückspreise im allgemeinen auf eine unnatürliche Höhe getrieben werden. Wenn die Vermögensabgabe im Verhältnis zu dem übertriebenen Verkaufswert, der auch einmal wieder anders werden muß, zu entrichten wäre, so wäre die Folge, daß bald der ganze Grundbesitz zerfallen und der deutsche Boden ebenso ausverkauft würde, wie so viele Dinge in gegenwärtiger Zeit. Es bleibt also dabei, daß nach den Beschlüssen des Ausschusses die Vermögensabgabe aus land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz in einer Frist von 50 Jahren nach dem Ertragswert zu geschähen hat. Für die Fideikomnisse wurde dieilderung angenommen, daß das gebundene Vermögen und das persönliche Vermögen des Inhabers getrennt veranlagt werden sollen.

Präsident Lehmann eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr nachm. Fortsetzung der 2. Beratung des Gesetzentwurfs über das Notopfer.

Abg. Dr. Braun-Franken (S.): Die gestrigen Szenen beweisen nur, daß die Rechte den Mann fällen will, der mit beispielloser Energie Deutschland aus seinem finanziellen Elend retten will. Herr Hugenberg, der die Beamten des Kriegsministeriums korrumpiert hat, will von Korruption reden. Hugenberg hat Landesverrat getrieben, indem er ein Stück wertvollen Landes dem Feind abgab. Es ist nicht zu befürchten, daß die Entente Hand auf das Notopfer legt. Zu dem Entwurf haben wir nur wenig Abänderungsanträge.

Abg. Jarwick (Z.): Zu schonen sind bei der Anspannung des Volkes die Familie und die verbende Arbeit, und das ist im Gesetz geschehen. Die Zwangsanteile sind innerlich unbillig. Ich erkläre namens aller Parteien aus den besetzten Gebieten: Wir vermahnen uns dagegen, verschärfert zu werden. Wir sind noch nicht tot. Wir wollen noch 15 Jahre das Elend der Besetzung tragen; aber wir bleiben deutsch.

Abg. Dr. Petersen (D.D.P.) erklärt, daß seine Partei in der 2. Lesung für das Gesetz stimmen werde, für die 3. Lesung aber ihre Stellungnahme sich vorbehalte.

Abg. Dr. Becker (D.P.): Der Beitrag von 2 1/2 Milliarden jährlich durch den Besitz wäre aufzubringen durch eine laufende Abgabe vom Vermögen auf Grund wiederholter Veranlagung des reinen Vermögens, nach progressiv steigenden Steuerhöhen und weiter nach Steueranleihen, die nach der Vermögensabgabe umzuliegen wären.

Minister Erzberger: Der Weg, den der Antrag Rieber-Becker vorschlägt, ist eine sehr schwankende Brücke. Gemiß gibt es Bedenken gegen den Entwurf, aber es sind starke Gründe, die uns zwingen, diese Bedenken hinan zu legen. Dem hohen Lied des Egoismus, das Abg. Hugenberg gestern gesungen hat, steht entgegen das hohe Lied der Solidarität des sozialen Geistes. Wer den Gedanken der Solidarität nicht anerkennt, hat den Geist der deutschen Umwälzung überhaupt nicht begriffen. Der ungeheure Gegensatz zwischen den großen Vermögen und der Vermögenslosigkeit ist auszugleichen. Die großen Massen der Arbeiter tragen es nicht mehr, die großen Vermögensansammlungen vor und während des Kriegs bestehen zu lassen. Sie müssen abgebaut werden. Das ist der leitende Gedanke des Notopfers. Ohne dasselbe wird es keine Ruhe und keinen wirtschaftlichen Aufbau bei uns geben. Nur steuerliche Gerechtigkeit kann zu Ruhe, zur Arbeit, zur Aufwärtsbewegung führen. Die Vorlage will den Vermögensstand vom 31. Dezember 1919 zur Grundlage einer erheblichen Vermögensabgabe machen. Dieser Vorstoß vermeidet die Nachteile der Anstaltschen Zwangsanleihe, die in einem halben Jahr 30 Milliarden Mark aus dem Wirtschaftsleben herauszunehmen will und dafür Papier ausgibt, das etwa 5 Milliarden wert ist. Das ist unmöglich. Die großen Vermögen bringen vielleicht durchschnittlich 4 Proz. Zinsen; denn es sind dabei Anlagen, die Zinsen brauchen. Die Zwangsanleihe würde diese Vermögen ertragslos machen. Der Entwurf entzieht den Gesamtvermögen 28 Milliarden Mark jährlich einschließlich der Zinsen. Lediglich steht das Notopfer Erleichterungen vor, bei eventueller Verringerung des Vermögens in den nächsten 3 Jahren. Demgegenüber baut sich die Zwangsanleihe ebenfalls auf dem Stand vom 31. Dez. 19 auf, aber die Zwangsanleihe kann nachher überhaupt nicht zurückgenommen oder verändert werden. Dem Abg. Jarwick verspreche ich, daß die Familien und die verbenden Kräfte bei der Ausübung des Gesetzes gesont werden sollen; ebenso die kleinen

Grundbesitzer. Bei mittleren Vermögen (bis 200 000 Mark) werden bei 4 über mehr Kindern Erleichterungen gestiftet. Der Entwurf muß aus finanziellen, innerpolitischen und wirtschaftlichen Gründen schnellstens verabschiedet werden.

Abg. Wurm (U.S.P.): Die Anträge der Rechten gehen nun dahin, den Massen die schwersten Lasten aufzuladen. Sie (nach rechts) wollen verhindern, daß etwas zustande kommt was uns wenigstens in etwas aus dem augenblicklichen Unglück herausbringen kann. Wir bewilligen keinen Pfennig, der die arbeitenden Klassen belastet.

Abg. Hugenberg bemerkt persönlich: Ich habe Herrn Erzberger vorgeworfen, daß seine Politik zur Besetzung des Ruhrgebiets führen könnte. Ich habe diese nicht gewünscht. Das glaubt von mir dort auch niemand.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen des Abg. Helm (D.P.), Dr. Stresemann (D.P.), Dr. Braun (S.), Ragenstein (S.) folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Becker-Rieber auf Zurückschiebung der Vorlage an den Zehnerausschuss. Es stimmen ab 279 Abgeordnete. Der Antrag Becker-Rieber wird mit 296 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

§ 1 des Gesetzes wird nach Ablehnung eines Zusatzantrags Annahme in der Kommissionfassung angenommen. Ohne längere Aussprache wird eine Reihe von Paragraphen nach der Fassung des Ausschusses und unter Annahme eines Abänderungsantrags Dr. Blund (Z.) angenommen. Bei § 5 will der Abg. Gruber (S.) auch das kirchliche Vermögen unter das Notopfer bringen. Von den Sprachlosen sollen nur die der Gemeindeverbänden gehörenden Anstalten frei sein.

Minister Erzberger: Bezüglich der Sparkassen wäre es nicht richtig, wenn Sie zur Regierungsvorlage zurückkehrten. Wenn Sie aber den politischen Vereinen, Turnvereinen usw. Steuerfreiheit gewähren, so müssen Sie diese auch den Kirchen geben. Sonst wäre dieses Gesetz ein ausgesprochen kirchenfeindliches Akt. Ein Gesetzentwurf über die allgemeine Besteuerung der Toten Hand wird demnächst fertiggestellt.

Der sozialdemokratische Antrag, die Kirche mit dem Notopfer zu bestrafen, wird abgelehnt.

§ 5 wird im Übrigen in der Ausschussfassung angenommen. Nächste Sitzung morgen Nachmittag 1 Uhr.

Berlin, 10. Dez. Im Betriebsräteauschuss der Nationalversammlung wurde bei der heutigen Sitzung u. a. ein Antrag des Zentrums und der Demokraten einstimmig angenommen, durch den für die Bildung der Betriebsräte eine Trennung zwischen Fabrik- und Handarbeitern herbeigeführt wird. Weiter wurde auf einen sozialdemokratischen Antrag hin eine Änderung in den Bestimmungen über die Endzahl der Betriebsratsmitglieder getroffen, die die Höchstzahl auf 30 festsetzt.

Der Steuerausschuss der Nationalversammlung erledigte bei Antrag Treibhorn betreffend den Entwurf eines Gesetzes über Steuernachfrist (Generalparolen). Reichsfinanzminister Erzberger führte aus, daß er keine unüberwindlichen Bedenken darüber habe. § 1 des Entwurfs wurde daraus mit einigen Änderungen angenommen, wonach der Steuerpflichtige wie auch seine Erbschaftsbesitzer, wenn er aus eigenem Antrieb spätestens bei der ersten Veranlagung zur Steuererklärung, falls er eine solche nicht abgegeben hat, auf öffentliche Aufforderung sein Vermögen und seine Einnahmen richtig angibt.

Wie verlautet, wird die Nationalversammlung noch vor Weihnachten sämtliche Steuererlasse einschließlich des Notopfers erledigen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die 1. Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Änderung des Bankgesetzes. Reichsbankpräsident Dauterive begründet die Vorlage, die eine Verlängerung des Bestehens der Reichsbank für das kommende Jahrzehnt fordert und die Beteiligung des Reichs am Reingewinn der Bank neu regelt, sowie die Organisation der Banken den durch den Treibhornschuß geschaffenen Verhältnissen anpassen will.

Abg. Verburg (D.D.P.) beantragt Überweisung des Entwurfs an den 6. Ausschuss.

Das Haus stimmt dem zu. Es folgt die Fortsetzung der 2. Beratung des Reichsnotopfers. Eine Reihe von Paragraphen wird nach den Ausschussbeschlüssen angenommen. Bei § 17 werden auf Antrag Blund (Z.) die vom Ausschuss geforderten Absätze 3 und 4 (bezüglich des Gesellschaftsvermögens bei eingetragenen Genossenschaften) wieder gestrichen.

Zu § 18 bekämpft Abg. Dr. Quast (S.) die Zusätze des Ausschusses, welche infolge einer Verbindung zwischen der Rechten und dem Zentrum ein Privileg für landwirtschaftliche Grundstücke in das Gesetz hineingebracht haben. Ein entsprechender Antrag Dr. Braun-Ebbe (S.) will die bezüglichen Absätze wieder streichen.

Abg. Jarwick (Z.) tritt für den Antrag Blund ein, die von den Sozialdemokraten beantragten Absätze der Kommissionfassung zu streichen, dafür aber einen Absatz einzufügen, wonach auf die Bestimmungen der Reichsabgabenordnung Bezug genommen werden soll.

Abg. Becker-Hefen (D.P.) tritt für die Ausschussfassung ein. Abg. Blund (Z.): Der einzige reelle Wertmesser für Grundstücke ist doch schließlich ihr Ertrag. Wenn das Notopfer mit 5 Proz. veranlagt werden muß, müssen wir das Zwanzigfache des Ertrags als Ertragswert für Grundstücke einsehen.

Der Antrag Blund wird angenommen.

Bei § 18a bemerkt Minister Erzberger: Der Vermögensstand der Reeder kann nicht nach dem augenblicklichen Wert bemessen werden. § 5 und § 29 werden unverändert angenommen. Bei § 30 bemerkt anlässlich eines Antrags Rumm (D.nat.P.), welcher abgelehnt wird, Minister Erzberger, daß auch bei der Besteuerung noch nicht getigelter Beträge des Notopfers für Verstorbene durch deren Erben, soweit Lebensversicherungen in Betracht kommen, möglichst Erleichterungen und Entgegenkommen seitens der Behörden statthaben sollen.

Auf Antrag Blund wird ein § 85 a angenommen, wonach die Aktiengesellschaften usw. die zur Veranlagung der Abgaben erforderlichen Mittel aus den gesetzlichen Reservefonds entnehmen dürfen.

Der Rest des Gesetzes wird nach den Ausschussbeschlüssen angenommen.

Berlin, 12. Dez.

Nach Erledigung einiger Anträge begründet Minister Schiffer den Entwurf über Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Rechtsanwölter und Gerichtsvollzieher. Abg. Dr. Latmann (D.nat.P.) begründet die Abänderungsanträge, die aus einer interfraktionellen Besprechung mit Anwaltsvertretern herrühren. Die Anträge bezwecken eine Herabsetzung der Stufen für die Gebührenhöhe, wodurch die letzteren sich erhöhen. Abg. Hauptmann (D.D.P.) beantragt das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 1920.

Das Gesetz wird mit den Abänderungsanträgen und dem Antrag Hauptmann in allen drei Lesungen angenommen.

Hierauf wird das Gesetz über die Eisenbahnaufsicht und die vorläufige Regelung der Luftfahrt in allen drei Lesungen angenommen.

Im Betriebsräteauschuss wurde aufgrund eines sozialdemokratischen Antrags das Wahlalter auf 18 Jahre festgesetzt. Wählbar zum Betriebsrat sind Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts von 24 Jahren an.

Bei der 2. Lesung des Betriebsrätegesetzes im Ausschuss der Nationalversammlung wurden die strittigen §§ 34 und 35 im wesentlichen nach den Beschlüssen in erster Lesung erledigt. Damit ist die Entsendung von einem oder zwei Mitgliedern des Betriebsrats in den Aufsichtsrat auch in zweiter Lesung angenommen. Bezüglich der Bilanzvorlage wurde beschlossen, daß es sich dabei lediglich um Betriebsbilanzen und Betriebsgewinn- und Verlustrechnungen handelt, und daß diese Bestimmung nur Anwendung findet, bei Betrieben mit mindestens 50 Angestellten oder 200 Beschäftigten. Annahmen wurde ferny ein dem...

Der Antrag, der die Lohnbuchvorlage nur als Unterlage zur Durchführung von Lohnbewegungen und Tarifverträgen fordert. Bis auf die Entscheidung über einzelne noch strittige Punkte wurden die übrigen Bestimmungen des Gesetzes in 2. Lesung angenommen.

Bei der 2. Beratung des Umfahnteuergesetzes im Steueraus-schuss der Nationalversammlung wurde die Ineratensteuer auf 10 Proz. festgelegt. Dieser Satz ermäßigt sich jedoch nach einem Antrag Waldstein auf 2 Proz. für die ersten 100 000 Mark der gesamten Ineratenannahme, auf 3 Proz. für die nächsten 100 000 Mark usw. bis 9 Proz. Nach einem Antrag Dr. Spahn (Z.) wurde die Makulatursteuer auf 5 Proz. festgelegt. Die Hotel- und Depoststeuer beträgt 10 Proz., doch kommen bei der ersten bei einem Tagesentgelt bis zu 5 Mark nur der allgemeine Steuerfuß von 1 1/2 Proz. zur Anwendung.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 11. Dez.

Nach mehrwöchiger Unterbrechung nahm heute der Landtag seine Vollsitzungen wieder auf. Für den verstorbenen Abg. Gröber tra Gutschloher Adorno-Kaltenberg in das Haus ein. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart erucht, ein Verfahren gegen den Redakteur der „Schwab. Tagwacht“, Abg. Pfleger, wegen Beleidigung des Schulrats Frey-Heilbronn einzuleiten zu dürfen. Der Antrag wurde dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. Auf der Tagesordnung standen verschiedene Anträge, die zum Teil zurückgestellt, zum Teil schriftlich beantwortet werden.

Eine Anfrage der Mehrheitsfraktionen betr. Vortreibung von fallender Einkommensteuerbeträge kam zur Besprechung. Der Abg. Winkler (S.) wünschte andere Termine für die Bezahlung der Steuern. Demgegenüber führte der Finanzminister Pflesching aus, daß die Termine für die Steuererhebung nicht hinausgeschoben werden können, namentlich nicht in das neue Steuerjahr hinein. Eine Stundung hätte nur einen Sinn, wenn die Steuerzahlung im nächsten Steuerjahr leichter fallen würde. Dies treffe nicht zu. Die sinkende Valuta habe die Preise für die Lebensmittel usw. gestiegen, noch sei kein Ende abzusehen. Die Sperrung des zweiten Teils der Beschaffungszulag der Beamten bedeute lediglich eine Fürsorge, damit der Beamte seine Steuer zahlen könne.

Darauf werden die Anträge des Finanzausschusses zu verschiedenen Eingaben behandelt. Bei der Eingabe des Stuttgarter Bauverbands der Heimarbeiterinnen über Beibehaltung der Heimararbeit entwickelte sich eine grundsätzliche und ausgedehnte Erörterung über die Heimararbeit. Der Antrag des Finanzausschusses, von der Abg. Frau Hiller (S.) begründet, will die Eingabe dem Staatsministerium zur Ermägung überweisen. Ein Antrag der Arbeiterpartei verlangte „Verpflichtung“ der Eingabe vom Zentrum sprach Frau Professor Riß für die Erhaltung der Heimararbeit in dem Sinn, daß es den Müttern ermöglicht werden müsse, im Hause etwas zu verdienen. Auch der Abg. Groß (Z.) wünschte nicht eine Befestigung, sondern eine Reform zur Gesandung der Heimararbeit. Fräulein Kaufmann und Abg. Ffcher (D.D.P.) wünschten, daß die Heimarbeiterinnen Gegenstand besonderer Fürsorge werden und daß beim Arbeitsministerium Fachauschüsse für diese gebildet werden. Abg. Herz (D.P.) erklärte für die Arbeitgeber, daß in einer Zeit, wo kein Arbeitskraft entbehrlch ist, nicht an die Abschaffung der Heimararbeit gedacht werden könne. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien genehmigten die sozialdemokratischen Sprecher. Abg. Zernicke, Pfleger und Frau Hiller aus, daß die Heimararbeit zu den schlechtest bezahlten Arbeitsleistungen zähle und die Heimarbeiterinnen zu kapitalistischer Ausbeutung diene, daß die soziale Elend herbeiführe und daß der Antrag auf „Verpflichtung“ diese Zustände verewige. Der Antrag der Arbeiterpartei auf Berücksichtigung fand jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Demokraten Annahme. Nächste Sitzung Freitag 4 Uhr.

Neues vom Tage.

Die deutsche Antwort.

Berlin, 12. Dez. Die deutsche Antwortnote auf die beiden letzten Noten des Obersten Rats ist gestern nach Paris gesandt worden. Die Antwort ist so entgegenschmend gehalten, daß man sich in Berlin der Hoffnung hingibt, der Oberste Rat werde damit einverstanden sein.

Die Hungerblockade.

Berlin, 12. Dez. Die Reichsregierung läßt einen Bericht über die Wirkungen der englischen Hungerblockade ausarbeiten. Nach den bis jetzt vorliegenden amtlichen Feststellungen hat die Hungerblockade unter der Zivilbevölkerung über 3 Millionen Opfer gefordert.

Die Industrie gegen das Reichsnotopfer.

Berlin, 12. Dez. Der Hauptauschuss des Reichsverbands der deutschen Industrie faßte in seiner gestrigen Sitzung einstimmig folgende Entschliessung: Der Hauptauschuss verwahrt sich nachdrücklich gegen die übereils und planlose Art der Regierung, die Steuerlasten zu erheben. Die deutsche Industrie sei auch zu schweren Abgaben von Besitz und Einkommen bereit, sie warne aber davor, die ganze deutsche Wirtschaft blutleer zu machen wie es durch das Reichsnotopfer und die neuen Steuererleichterungen geschieht. Entscheidend sei die Tatsache, daß keinerlei Sicherheit für die Verwendung der eingehenden Milliarden besteht. Solange damit gerechnet werden müsse, daß die Feinde sie als Abschlagszahlung auf ihre im ganzen Umfang noch gar nicht bekannt gegebenen Entschädigungsforderungen in Anspruch nehmen, müsse einen solchen Eingriff in den Bestand des deutschen Produktionskapitals scharf widersprochen werden.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat gegen das Betriebsrätegesetz Widerspruch erhoben.

Oberst Reinhard außer Dienst.

Berlin, 12. Dez. Nach amtlicher Mitteilung ist Oberst Reinhard mit dem gestrigen Tag aus dem Dienst der Reichswehr ausgeschieden und mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden. Die Blätter erinnern daran, daß die Niederschlagung des Spartakisten aufstands in Berlin der Umsicht und Tatkraft Reinhardts zu danken gewesen sei.

Aus dem besetzten Gebiet.

Essen a. R., 12. Dez. General Michel, der Kommandant des von den Belgiern besetzten Gebiets, hat die deutsche Regierung benachrichtigt, daß er den Ueber-schuss deutscher Kohlen, die nach Holland ausgeführt werden, für das besetzte Gebiet fordere. Aus diesem Grund ist die deutsche Kohleneinfuhr nach Holland von 200 000 Tonnen auf 80 000 Tonnen (monatlich?) eingeschränkt worden.

Der deutsch-österreichische Warenverkehr.

Wien, 11. Dez. (Korr. Bureau.) Infolge des von der deutschen Regierung verfügten Erfordernisses einer Einfuhrbewilligung für Einfuhrerzeugnisse nach Deutschland wird auch die Einfuhr von deutschen Waren nach Osterreich vom 20. Dez. 19 ab an die Erfordernis von Einfuhrbewilligungen gebunden.

Schon 355 Schiffe ausgeliefert.

London, 12. Dez. (Unterhaus.) Auf eine Anfrage er-
klärte der Unterstaatssekretär der Handelsmarine, daß
bis zum 7. Dezember 355 deutsche Handelschiffe mit
1 788 913 Tonnen an die Alliierten abgeliefert worden
seien. Von diesen Schiffen seien 230 mit 1 200 000 Ton-
nen in englischen Besitz gelangt.

Die Londoner Besprechung.

Paris, 12. Dez. Halbamtlich wird bekanntgegeben
Clemenceau hat sich auf Einladung Lloyd
Georges nach London begeben zur Prüfung der Lage
wie sie sich aus dem Inkrafttreten des Friedensvertrags
und aus der Haltung Deutschlands ergibt. Die beiden
Regierungschefs stellten fest, daß zwischen ihnen über die
besonderen Punkte volles Einverständnis herrsche.
Sie präzisieren hierauf Frankreich und England interessie-
rende Fragen, über die sie zu einem vollständig zufrieden-
stellenden Resultat gelangten. Heute werden sie Fragen
die allgemeine Interessen von England, Frankreich und
Italien betreffen, besprechen, wobei auch der gegenwärtig
in London weilende italienische Minister des Äußeren
zugesen sein wird.

Der Krieg im Osten.

Amsterdam, 12. Dez. Englische Blätter melden aus
dem Hauptquartier Denkins, die Bolschewisten haben die
Einnahme von Boronezh den Erzbischof Dschon an
der Altäre einer Kirche aufgehängt.

London, 12. Dez. (Havas.) Der Haushalt für das
englische Landheer erfordert 406 Millionen Pfund (8,1
Milliarden Goldmark). Das Heer zählt 952 000 Mann
davon 403 000 in der Rheinprovinz. Die Kosten des
Befehlshabers in Deutschland sind auf 153 Mill. Pfund
(3,06 Milliarden Goldmark) jährlich veranschlagt.

Paris, 12. Dez. „Beitrag Parisien“ meldet, die Vanden-
Kunnenzios haben in Fiume die Vorräte der franzö-
sischen Truppen geplündert. Es habe Tote und Verwun-
dete gegeben.

Osag, 12. Dez. In der Kammer wurde auf eine
Anfrage vonseiten der Regierung geantwortet, es sei nicht
bekannt, daß sich verschiedene deutsche Fürsten oder Ber-
wandte des deutschen Kaisers in Holland niederlassen
wollen.

Baden.

Karlsruhe, 12. Dez. Im bad. Landtag ist so-
eben der Gesetzentwurf betr. das Branntweinmono-
pol zur Verteilung gelangt. Das Gesetz enthält nur einen
einzigsten Paragraphen, welcher lautet: „Das Staatsmini-
sterium wird ermächtigt, beim Reichsrat zu beantragen,
daß das Gesetz vom 26. Juli 1918 über das Brannt-
weinmonopol in den außerhalb der Zollgrenze des deut-
schen Reiches liegenden badischen Gebietsteilen in Wir-
ksamkeit gesetzt wird, und die dazu nötigen Vorkehrungen
zu treffen. In der dem Gesetzentwurf beigegebenen
Begründung wird darauf hingewiesen, daß in den badischen
Zollauschlußgebieten bisher die Branntweinsteuer zwar
den Vorschriften des Branntweinsteuergesetzes, aber für
Rechnung der badischen Staatskasse erhoben worden ist
und daß der bad. Staat alljährlich für das Zollauschluß-
gebiet eine Abfindungssumme an die Reichskasse zahlte.
Die Zahlungen an die Reichskasse übersteigen aber die
Einnahmen aus der Branntweinsteuer ganz erheblich.
Bei der heutigen Finanzlage des bad. Staats läßt sich das
nicht mehr rechtfertigen und aus diesem Grunde soll das
Monopolgesetz auch im Zollauschlußgebiet eingeführt wer-
den.“

Karlsruhe, 10. Dez. In der gestrigen Abend Sitzung
der außerordentlichen Ev. Generalsynode wurde die
Aussprache bei Par. 60 der neuen Kirchenverfassung
(Patronate) fortgesetzt. Die Paragraphen 60 bis 72
wurden angenommen. Heute vormittag wurde bei Para-
graph 73 fortgefahren. In diesem Paragraphen und
den ihm folgenden sind Bestimmungen enthalten über
die Bezirksynode, über den Bezirksynodalrat und über
das Dekanat. Bemerkenswert ist die Einführung einer
Schulsynode, zu der alle Personen einzuladen sind, die
den Religionsunterricht für die Schule erteilen. Die
Paragraphen 73 bis 91 wurden angenommen.

Karlsruhe, 12. Dez. Durch verschiedene Blätter ging
dieser Tage eine aus Kehl datierte Meldung, nach wel-
cher im Gebiet des Kehler Bräudenkopfes die Bestrebungen
für einen Anschluß an Frankreich in den letzten Wochen
immer kräftiger geworden seien. Eine in Kehl gegrün-
dete Vereinigung, die den Anschlußgedanken vertritt,
versuche, im Hanauer Lande Propaganda für ihre Zwecke
zu machen. Diese Meldung ist nach Mitteilung aus zu-
verlässiger Quelle vollkommen aus der Luft gegriffen.
Es handelt sich hier fraglos um eine Meldung, die von
französischer Seite zur Stimmungsmache in die deut-
sche Presse lanziert worden ist.

Mannheim, 12. Dez. Die Zeichnungen auf die
Sparprämien-Anleihe haben bei den hauptsächlichsten für
die Zeichnung in Frage kommenden Vermittlungsstellen
im Bezirk der Reichsbankhauptstelle Mannheim ein Er-
gebnis von über 30 Millionen Mark erbracht, gegen 99
Millionen Mark bei der 9. Kriegsanleihe.

Turlach, 12. Dez. Ein eigenartiges Ende nehmen
jetzt die vielen hunderte von militärischen Waggons
waggen, die seit über einem Jahr zwischen Turlach und
Karlsruhe auf freiem Felde stehen. Die Wagen, die von
Wind und Wetter schon tüchtig mitgenommen sind, wer-
den jetzt wieder zerlegt. Das Holz wird wohl zu Brenn-
material verwendet und das Eisen als Altmaterial ab-
geschmolzen. Es entsteht die Frage, ob diese Wagen, die
doch viele tausende von Mark gekostet haben, wirklich
nicht in anderer Weise hätten verwendet werden können.

St. Blasien, 12. Dez. Im Alter von 98 Jahren starb
in Höhen schwand die älteste Frau des Bezirks, wahr-
scheinlich auch des ganzen Schwarzwalds, die Witwe Ma-
rie Drobst. Sie hatte vor 20 Jahren mit ihrem inzwischen
verstorbenen Gatten die goldene Hochzeit feiern
können.

Württemberg.

Stuttgart, 12. Dez. (Keine Krankenkassen-
ten mehr.) Nach der Herabsetzung der Ausmaßung
des Weizenmehls auf 80 Prozent und des Roggenmehls
auf 82 Prozent wurde auf ärztliches Gutachten von der
Lebensmittelabteilung des Gemeinderats die Verabreichung
von besonderem Krankentrot für unndrig erachtet. Kran-
kentraktanten werden daher nicht mehr ausgegeben.

Stuttgart, 12. Dez. (Daimlerwerke.) Die Daim-
lermotorengeellschaft will zur Beschaffung weiterer Be-
triebsmittel das Grundkapital von 22 Millionen auf 64
Millionen Mark durch Ausgabe neuer Aktien zum Kurse
von 110 erhöhen, da die Umstellung der Betriebe auf die
Friedenswirtschaft enorme Aufwendungen erfordert hat
und durch das unaufhörliche Steigen der Materialpreise,
Löhne, Gehälter und allgemeinen Geschäftsunkosten außer-
ordentliche Gebühden entstanden seien.

Sindelfingen, 12. Dez. (Die Bilder.) Die Ge-
meinderäte der sozialistischen Parteien haben den Antrag
durchgebracht, daß die Fürstenbilder aus den städtischen
Gebäuden und Schulen entfernt werden.

Mußdorf, O.A. Baihingen, 12. Dez. (Vermißt.) Am
Dienstag früh hat sich J. Pflüger von Hause ent-
fernt und ist seither nicht mehr gesehen worden. Seit
durch Mißschlag im Jahr 1917 sein Anwesen nieder-
brannte, ist der rechtschaffene Mann zeitweise nicht zurech-
nungsfähig.

Schorndorf, 12. Dez. (Ein einheimischer
Flieger.) Dem hiesigen Ingenieur Paul Strähle hat
der Gemeinderat auf den Anweisen einen Start- und Lan-
dungsplatz zur Verfügung gestellt. Die Plätze dienen
wissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interessen.

Kupferzell, O.A. Dehringen, 12. Dez. (Der Ver-
sucher.) Daß der mit dem Abgrund zutreibende Wun-
dergeist halb alle Kreise erschüttert hat, beweist folgendes
Vorkommnis: Geht da ein sehr zungenfertiger Herr
hier in verschiedene Häuser, kauft eine gewisse Sorte von
100 Mark-Banknoten gegen guten Profit auf und wil-
lig werden sie ihm verabsolgt von Leuten, die offen-
bar nicht wissen, was sie tun. Will unser Volk nie
begreifen, daß wir dieses Geld wieder teuer einlösen
müssen?

Troffingen, 12. Dez. (Streikende.) Arbeit-
geber und Arbeitnehmer der Harmonika-Industrie haben
den Spruch des Schiedsgerichts angenommen. Die Ar-
beit wurde heute wieder aufgenommen.

Vaupheim, 12. Dez. (Tägliches Erscheinen.)
Das „Vaupheimer Volksblatt“ wird ab 1. Januar 1920
täglich erscheinen. Bisher gelangte es wöchentlich drei-
mal zur Ausgabe.

Vöhrach, 12. Dez. (Prämienanleihe.) Die
Zeichnungen auf die Sparprämienanleihe belaufen sich
bei der Gewerbebank Vöhrach auf 2370 000 Mark.

Wolfsegg, 12. Dez. (Schöne Sitte.) Am Ni-
kostausgang erhielten 40 arme Schulkinder, wie alljährlich,
im fürstlichen Schlosse ein praktisches Geschenk im Wert
von 25 Mark.

Spielplan des Württ. Landestheaters.

Großes Haus. 14. Dez. Tristan und Isolde (An-
fang 4 Uhr). — 15. Revolutionär (6 1/2). V. Sinfonie-
konzert. Liederhalle (7 1/2). — 16. Don Ramiro (6 1/2).
— 17. Troubadour (6). — 18. Weibsteufler (6 1/2). —
19. Tannhäuser (5 1/2). — 20. Hamlet (6). — 21. Ge-
nefelter Kater (2). Carmen (6). — 22. Bestiefler
Kater (5).

Stuttgarter Brief.

S. D. Stuttgart, 10. Dez.

Die durch die Presse gegangenen Nachrichten be-
treffend das Austreten einer Verbandskommission
haben zu allerlei wenig zutreffenden Kommentaren An-
laß gegeben. Es mag darauf hingewiesen sein, daß es
sich bei den gegenwärtig in Stuttgart befindlichen Ver-
bandsoffizieren nicht etwa um die von der Entente nach
Inkrafttreten des Friedensvertrags einzusetzende Kontroll-
kommission handelt. Es sind vielmehr einige Offiziere,
die den Auftrag haben, nach verschollenen Heeresange-
hörigen der Alliierten nachzuforschen. Uebrigens
meiden diese jedes Auffallen in der Öffentlichkeit, um
tragen gewöhnliche Zivilkleidung, so daß sie im Straßen-
leben überhaupt nicht bemerkbar sind.

Die Sorge und die Empörung wegen des Schicksals
unserer Kriegsgefangenen in Frankreich haben es fertig
gebracht, selbst das alles beherrschende Tagesgespräch,
die Frage der Brennstoffnot, für den Augenblick
wenigstens, in den Hintergrund zu drängen. Die ener-
gische Haltung der Presse scheint doch den Erfolg gehabt
zu haben, daß wenigstens in der Hausbrandversorgung
mit Kohlen eine kleine Besserung eingetreten ist; ob sie
freilich von Dauer sein wird, läßt sich heute noch nicht
sagen. Die neuerrichtete Landesbrennstoffstelle
an deren Spitze der Landtagsabgeordnete Pflüger steht
soll der Vereinheitlichung und dem Ausgleich der Brenn-
stoffversorgung dienen. Während es bisher vorgekommen
ist, daß Kohlen nach Gegenden transportiert wurden, wo
infolge des großen Holzreichtums solche für den Haus-
brand nicht benötigt werden, während anderwärts empfind-
licher Mangel herrschte, sollen in Zukunft derartige Miß-
stände vermieden werden. Dies kann selbstverständlich nur
durch einheitliche Verfügung über sämtliche Brennstoff-
vorräte, Kohlen Koks und Brennholz, erzielt werden.

Unsere württembergische Reichswehrbrigade
hatte vor einigen Wochen zum erstenmal entspre-
chend der neuen Reichswehrorganisation außerhalb des
Landes bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung
mitzuwirken gehabt. Sie wurde nach dem thüringischen
Industriegebiet in der Gegend von Suhl-Schmalzthalen
kommandiert. Nach Erfüllung ihrer dortigen Aufgabe
ist sie nunmehr nach ihrem heimatlichen Stand-
ort zurückgekehrt. Das plötzliche Erscheinen der Reichs-
wehrsoldaten mit ihrem Gepäck und ihren Maschinenge-
wehren in den Straßen von Stuttgart hat natürlich An-
laß zu allerlei unfröhlichem Geschwätz gegeben.

Vermischtes.

Lebensmittelschwindel. Die allzu große Fruchtbar-
keit einer Berliner Ehefrau führte zur Aufdeckung
eines ungewöhnlichen Lebensmittelschwindels. Die 28
Jahre alte Berta Milster besuchte in kurzen Zwei-
schenträumen fast sämtliche Berliner Standesämter und
zeigte an, daß die Ehefrau founbio Zwillinge geboren
habe. Mit der ausgestellten Bescheinigung begab sie sich
dann geradeswegs nach der zuständigen Brotkommission
und ließ sich Karten für alle Nahrungsmittel geben, die
für Säuglinge und junge Mütter bestimmt sind. Mit
diesen Karten verschaffte sie sich die Nahrungsmittel, Milch,
Zucker usw., um sie für teures Geld zu verkaufen. So
waren schon an die 20 Zwillingssparchen des gleichen
Namens in die Listen der Standesämter und Brotkom-
missionen hineingekommen, als die Zusammenfassung und
Überprüfung endlich den Schwindel ans Licht brachte.
Die Schwindlerin ist noch nicht ergriffen.

Anschlag in Dublin. Im englischen Unterhaus wur-
de mitgeteilt, daß der Staatssekretär für Irland vor
kurzem knapp der Ermordung entgangen sei. Ein Ire
habe auf ihn geschossen, als er ins Schloß eingetre-
ten sei.

Das Weltformat. Am 26. November 1919 hat
der Normenausschuß für das graphische Gewerbe in Leip-
zig die Einführung der Weltformate beschlossen. Was
hat es nun mit diesem Weltformat auf sich? Kurz ge-
sagt, daß wir nur noch ein bis zwei Duzend Formate
für alles auf Papier gedruckte und aus Papier hergestellte
haben werden, die alle in einem bestimmten Verhältnis
zueinander stehen. Wieviel verschiedene Formate es heute
für Bücher, Plakate, Formulare usw. gibt, läßt sich kaum
schätzen, theoretisch fast unendlich viele. Ein wesent-
liches Mittel für den Wiederaufbau sehen unsere Volkswir-
tschaftler in Normalisierung, Typisierung, Spezialisie-
rung. Ein wichtiger Schritt vorwärts in dieser Richtung
wird durch Einführung der Weltformate gemacht. Die
Forderung des Weltformats wurde schon 1911 durch „Die
Brüder, Internationales Institut für Organisation der
geistigen Arbeit“ aufgestellt. Professor Dr. Oswald war
einer der Begründer des Instituts. Eine ihrer ersten
Arbeiten war die Aufstellung der Forderung: „Alle For-
mate sollen zueinander in einem bestimmten, mathematisch
ausdrückbaren Verhältnis stehen. Sie sollen auseinander
und aufeinander reduziert durch einfaches Falzen oder
Halbieren hergestellt werden können. Dies wird erreicht,
indem sich die einzelnen Seiten des Formats ver-
halten wie die Seiten des Quadrats zur Diagonale oder
wie 1 zu Wurzel aus 2. Die Quadratwurzel aus 2
ist 1,414, das Verhältnis ist demnach ungefähr wie 7:10.
Als Einheit wird das Zentimeter angenommen. Da-
nach ergibt sich folgende Tabelle:

I) 1	: 1,41 cm	VII) 8	: 11,3 cm
II) 1,41	: 2 cm	VIII) 11,3	: 16 cm
III) 2	: 2,83 cm	IX) 16	: 22,6 cm
IV) 2,83	: 4 cm	X) 22,6	: 32 cm
V) 4	: 5,66 cm	XI) 32	: 45,2 cm
VI) 5,66	: 8 cm	XII) 45,2	: 64 cm

Für alle Wünsche, vom kleinsten Taschenkalendar bis zum
größten Reklameplakat, ist ein geeignetes Format dar-
unter. Eine ungeachtete Umwälzung und Vereinfachung
kann sich daraus ergeben.

Der Zukunftsstaatsversuch in Paraguay. Wie
aus Amerika gemeldet wird, ist zwischen Paraguay, das
eine Erhöhung seiner Einwohnerzahl nötig hat, und Ja-
pan ein Vertrag wegen japanischer Einwanderung ge-
schlossen. Paraguay war schon vor 30 Jahren darauf
aus, tüchtige Einwanderer anzulocken, um seine durch
Fruchtbarkeit ausgezeichneten Gebiete urbar zu machen
und damit zur Blüte zu kommen, wie es Argentinien
gelingen ist. Im Jahr 1893 hat der australische So-
zialist William Lane, der sich für einen Erlöser der
Menschheit hielt, nach verlockenden Abschlüssen mit der
Regierung von Paraguay seine begeisterten Anhänger nach
diesem Land geführt, um dort mit ihnen der Welt zu
beweisen, daß seine Ideen keine Utopien seien, sondern
das einzigste und unschätzbare Mittel, die Menschheit
von allen irdischen Nöten und Sorgen zu befreien.

Die Regierung von Paraguay hatte für Lane und seine
Anhänger die günstigsten Bedingungen geschaffen. Sie
wendete 1 1/2 Millionen Mark auf, um die in jenem Ge-
biet anfassigen Landwirte anzukaufen, weil man die
australischen Sozialisten ganz unter sich lassen wollte.
Jedliches Entgegenkommen wurde dem Laneischen Unter-
nehmen erwiesen. 100 Quadratmeilen besten Acker- und
Wiesenlandes wurde der Kolonie völlig abgabenfrei über-
lassen. Sie konnte einführen, was sie wollte, ohne alle
Eingangszölle, sollte auch für längere Zeit von allen Ab-
gaben und Steuern befreit bleiben. Die einzige Bedingung
war, daß innerhalb von vier Jahren 800 eingewanderte
Familien nach Paraguay gebracht werden mußten.

Lane und seine gläubigen Anhänger zogen aus mit
großen Worten und Hoffnungen. Sie eröffneten auch ihr
irdisches Paradies mit großem Tamtam, mit Musik und
flatternden Fahnen, obgleich die Reibereien bereits auf
der Abreise begonnen hatten. Aber alsbald traten Herrsch-
sucht, Streit, Uebelwollen und Trägheit derartig störend
hervor, daß die „Brüderlichkeit“ arge Risse bekam. Auch
die „Gleichheit“ ließ aufs äußerste zu wünschen übrig, denn
die bittersten Anklagen über Günstlingswirtschaft, Neid,
Haß und soziales Uebelwollen wucherten empor. Als
Lane mit einem wohlmeinenden Despotismus den Uebeln
zu steuern versuchte, wuchs die Gegenwehr gegen ihn,
und die Ernüchterung der Genossen in ihm. „Neu-Austra-
lien“ benannten Staatswesen nahm reichend zu. Als sich
nach der Ankunft einer zweiten Auswandererabteilung noch
Anklagen wegen einer unerhörten Mißwirtschaft dazu ge-
sellten, entstand eine Krise, und Lane, verächtlich als
eigenmächtiger und verlogener Despot, lehrte der Kolonie
den Rücken. „M. R. M.“

Vermischtes.

Schauderhaft. Das Ententeblatt „Telegraaf“ in Amsterdam verriet, an einer Jagd des Prinzgemahls von Holland (Prinz Heinrich von Mecklenburg) habe auf Kaiser Wilhelm teilgenommen.

Der Ehrenbürger von Tarasp. Schweizerische Blätter melden, die Gemeinde von Tarasp (Kanton Graubünden) habe dem früheren Großherzog von Hessen das Ehrenbürgerrecht verliehen. Halbamtlich wird dazu erklärt, daß es sich um eine bloße Sympathiebezeugung ohne rechtliche Wirkung handle.

Waldschmidt †. Der bayerische Volkschriftsteller Maximilian Schmidt, genannt Waldschmidt, ist im 88. Lebensjahr in München gestorben.

Glück im Stall. Das Gastwirt und Bauer A. Koch in Remmelsweiler, O.A. Waldbsee, erhielt dieser Tage von zwei Kühen vier kräftige Kälber.

Verstümmelt. Durch Einsturz einer Betondecke in einem Düsselbacher Betrieb wurde eine Anzahl Arbeiter verstümmelt. Drei jugendliche Arbeiter sind tot. Drei weitere erlitten schwere Verletzungen.

Unglücksfall. Auf dem Flugplatz Blankensee bei Lübeck ist ein Flugzeug beim Landen in eine Gruppe Militärpersonen hineingefahren, wobei zwei Personen getötet und zwei erheblich verletzt wurden.

Tarifserhöhung in Oesterreich. Die österreichische Staatsbahnverwaltung wird vom 1. Januar 1920 an die Personentaxen um 50, die Gepäck- und Gütertaxis um 150 Prozent erhöhen.

Das Ende des Wiener Walds. Durch eine Landesverordnung wurde der Wiener Bevölkerung erlaubt, den Wiener Wald in drei Kilometer Tiefe und 150 Meter Länge abzuholzen. Der Plan, das Holz gefällig abzugeben, scheiterte daran, daß die benötigten 600 Holzschläger weder unter den Arbeitslosen noch unter der Volkswehr aufzutreiben waren.

Postwagenbrand. Zwischen Belgrad und Nisch geriet der Postwagen des Paris-Simplon-Orient-Expresszugs in Brand. Die Postfächer wurden größtenteils zerstört.

Abwanderung von Diamanten nach Amerika. Aus New York wird gemeldet, daß ungeheure Mengen Diamanten seit dem Jahr 1914 nach Amerika gestossen sind. Nach Angabe der National City Bank wurden in diesen Jahren allein für mehr als 100 Millionen Dollar eingeführt. Amerika besitzt jetzt mehr als die Hälfte aller vorhandenen Diamanten im Wert von ungefähr 2 Milliarden Dollar. Die Einfuhr 1919 betrug ungefähr das Doppelte der Einfuhr des Jahres 1916.

Was ist ein „Banauise“? Im alten Griechenland bezeichnete das Wort „Banauise“, wörtlich der Feuerarbeiter, in übertragener Bedeutung Menschen, die zu den Geistesbeschäftigungen und zu lässigen Taten wenig fähig erschienen und daher gering geschätzt wurden. Auch das Eigenschaftswort „banauisch“ kommt bei Plato, der von einer solchen Freundschaft spricht, schon vor. Der Ausdruck „Banauise“, unter dem wir einen engherzigen, niedrig denkenden Menschen verstehen, ging dann ins mittelalterliche und neue Latein, endlich — gegen Ende des 18. Jahrhunderts — auch in die deutsche Gelehrtensprache über. Allgemein bekannt wurde er durch einen polemischen Aufsatz von Joh. Heinrich Voss gegen Graf Friedrich Leopold von Stolberg aus dem Jahr 1819. Voss schreibt darin: „Barum verließ unser Graf dem verachtenden Wort einen so weiten Sinn, der auch den leibigen Gelehrten, den selbsttätigen Geschäftsmann und den Amtsbesorger umfaßt? Mühsamer gewiß, wenn er dies Lieblingswort mit einem Lächeln aussprach, war ich selbst, oh! dies zu ahnen, der banauische Freund!“ Ähnlich spricht Voss im folgenden Jahr von kopfarbeitenden und handarbeitenden Banauisen. Eine Stelle bei Zimmermann in einem Brief an die Gräfin Ahlefeldt (1824) lautet: „Mit meinem Bruder, der auch in bedäuglicher Arbeit steckt, scherze ich oft über unsere Lage und wir nennen uns die zwei Banauisen.“ Seitdem hat das Wort immer weitere Verbreitung gefunden, so daß sein griechischer Ursprung heute fast allgemein in Vergessenheit geraten ist.

Lokales.

— **Zugverkehr über Weihnachten.** Am Mittwoch, 24. Dezember, werden in Württemberg die Eisen-

bahnzüge für Personenverkehr wie an Sonntagen verkehren. An den beiden Weihnachtsfeiertagen (25. und 26. Dezember) wird der gesamte Personenverkehr wie bisher an den Sonntagen ruhen. Samstag, 27., Sonntag, 28., und Montag, 29. Dezember, sollen die Züge wie sonst an Wochentagen verkehren. Doch ist an diesen Tagen mit dem Ausfall der Arbeiterzüge zu rechnen. — Die Gültigkeitsdauer der Fahrkarten wird vermutlich so geregelt, daß es möglich sein wird, Fahrkarten bis zu fünf Tagen vor dem beabsichtigten Reisetag zu lösen. Sonderzüge werden nicht ausgeführt.

— **Der Winter.** Seit Mittwoch ist strenge Kälte eingetreten. Im Schwarzwald wurden 12 Grad, auf der Alb 10 Grad und selbst in geschützten Tälern 6 Grad am Tage gemessen. Der Schnee liegt an hochgelegenen Punkten bis zu 30 Zentimeter tief.

Wildbad, 15. Dez. Bei der Kirchengemeinderatswahl hier gab es im ersten Wahlgang am 7. d. Mts. 307 wahlberechtigte Personen ihre Stimme ab. Da diese Zahl die vorgeschriebene Beteiligung nicht erreichte, mußte zu einer Nachwahl geschritten werden. Diese fand statt am letzten Sonntag, den 14. d. Mts. Zur Wahl erschienen hierbei noch 85 wahlberechtigte Personen. Im Ganzen also 392, d. h. 21,18 Prozent. Es wurden die bisherigen Kirchengemeinderäte fast mit allen abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Und zwar erhielten:

Schubmodermeister Christian Böhner	385 Stimmen
Stadtpfleger Brachhold	383
Bezirksnotar Brebm	385
Waldarbeiter Karl Eisele	387
Restner Karl Eitel	377
Gipsermeister Karl Gipp	387
Stadtkasser o. D. Waier	382
Gärtner Schöber	385
Schneidemeister Schulmeister	387
Schlossermeister Schwedile	383

Die übrigen Stimmen waren zerstreut. Unter anderem erhielten auch einige Damen der Gemeinde eine Anzahl von Stimmen. — Ewige Beauftragungen der Wahl können vom nächsten Sonntag, den 21. Dezember ab, innerhalb einer Woche beim Stadtamt angebracht werden. Darüber, welche von den Gewählten auf 6, welche auf 3 Jahre gewählt sind, entscheidet das Los.

Stadtgemeinde Wildbad.
Eine Partie
altes Eisen und 3 Holztreppen
kommen am **Dienstag, den 16. Dezbr. 1919** vormitt. 11 1/2 Uhr gegen Barzahlung zum Verkauf. Zusammenkunft beim Lebensmittelamtgebäude.
Wildbad, 14. Dezbr. 1919. **Stadtpflege.**

Zuckerkarten.
Die Zuckerkarten sind sofort bei den Kaufleuten, durch welchen man den Zucker zu beziehen wünscht, abzugeben, da der Zucker in den nächsten Tagen eintrifft.
Stadt. Lebensmittelamt.

Empfehle als praktische Weihnachts-Geschenke
schöne Kinder-Garnituren
Bettvorlagen in allen Größen
im Preise von 40 bis 125 Mk.
Paul Toussaint
Pelzwarengeschäft
Wildbad Kochstr. 193.

Buchhandlung Paul Trittler
König-Karlstr. Wildbad König-Karlstr.
Die beliebtesten und bisher vergriffenen Romane von J. C. HEER:
An heiligen Wassern
:: Der Wetterwart ::
Ferien an der Adua
Heinrichs Romfahrt
Rudolf Herzog:
Hanseaten :: Lebenslied
Die Stoltenkamps und ihre Frauen
Die Burgkinder :: ::
Germaniens Götter **Neu!**
Richard Voss:
Zwei Menschen
Brutus auch Du
sind in neuen Auflagen erschienen und bei obengenannter Buchhandlung zu haben.

Gewerbe-Verein Wildbad.
Montag, den 15. Dezember, abends 7-9 Uhr
Versammlung
im **Hotel Baum.** Zur Besprechung kommt unter anderem: ein Vortrag über die Krankenkassenunterstützung der würt. Gewerbevereinsmitglieder von dem Geschäftsführer der Krankenkasse Stuttgart. **Der Vorstand.**

Geflügel- u. Mannchen-Züchterverein Wildbad.
Samstag, 20. und Sonntag, 21. Dezbr. findet in der **Turnhalle** unsere
IV. Lokal-Ausstellung
statt. Die Verlosung findet am Samstag, 20. Dezbr. nachm. 3 Uhr in der Turnhalle statt.
Verlosungslisten liegen bei Herrn Kürschner Rometsch und in der Turnhalle auf. Die bis Sonntag, den 21. Dezember, abends 6 Uhr nicht abgeholtten Gewinne werden zu Gunsten des Vereins versteigert.
Der Vorstand: **Carl Rometsch.**

Besten Schutz
gegen
Verlust
durch Feuer und Diebstahl
bietet die
Aufbewahrung v. Wertpapieren, Urkunden u. Schmucksachen jed. Art
in unserer
Stahlkammer.
In dieser Stahlkammer befinden sich eiserne Schrankklächer, die in verschiedenen Größen, zu billigen Preisen, auf beliebige Zeit, unter Eigenverschluss des Mieters zur Verfügung gestellt werden.
Wertsachen können uns auch in versiegelten Paketen, Kisten etc. verpackt, zur sicheren Aufbewahrung übergeben werden.
Besichtigung der Stahlkammer ist während der Geschäftsstunden gerne gestattet.

Stahl & Federer Akt.-Ges.
Filiale Wildbad.
Fähiges, solides Mädchen
21 Jahre alt, sucht in seinem Hotel über die Saison Stelle als **Zimmermädchen.**
Angebote an **Elise Dipp,** Neuhengst O. A. Calw.
Jüngerer, zuverlässiges Mädchen
zu einem Kind gesucht und nebenbei im Haushalt tätig ist.
Conditorei u. Café Bührer, Pforzheim.

Zahle für grosse
Ziegenfelle
*** 80 Mk. ***
Karl Rometsch, Kürschner.
Feinstes
Seifenpulver
(Friedensqualität)
ein etrossen bei
Grundner Nachf. Gebr. Schmit, Wildbad.
Café Bechtle • Weinstube
Wildbad.
Ia. alte und neue
Rot- und Weissweine
im Ausschank.

Ziegenfelle 70 Mk.
Rehfelle 32 Mk.
Winterfeldhasenfelle 8 Mk.
Diese Preise bezahle jetzt für große gutbehandelte Felle.
Fuchs, Marder, Zitis sowie alle andern Felle allerhöchste Preise.
E. Maischhofer
Moderne Tierausstopferei
Pforzheim Lindenstr. 52
Telephon 1501. 376

Zuverlässiges
Mädchen,
für Küche, bei höchstem Lohn gesucht.
Conditorei u. Café Bührer, Pforzheim.

Frauen
schließen sich sicher vor unerwünschten Umständen. Vorz. ärztl. empfohlenes Präparat. Prospekt kostenlos und versch. Spezialitäten-Vertrieb
„Salus“
Heilbrunn a. N.

Für rauhe und aufgesprungene Hände empfehlen:
Glyzerin-Lanolin
und alle Hautcrems in bester Qualität
Medicinal-Drogerie Gebr. Schmit, Wildbad.
Eine bereits noch neue
Bettlade
samt Rost, hat preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped.
Schieberchen u. Cie.
C. D. F. L.
Heute abend 1/8 Uhr im Lokal.
Wichtige Besprechung.

Beutel
mit u. ohne Aufdruck liefert
Wildbader Verlagsdruckerei.
Ev. Jünglingsverein
heute abend 8 Uhr.